67. Jahrgang. № 569 Sonnabend, 9. Dezember 1922

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Bezugs-Gebühr bei täglicher Zutragung in Dresden oder durch die Post monatlich M. 550,—. Einzelnummer M. 25,—, Sonntagsausgabe M. 30,—.
Anzeigen-Preise. Die 1spaltige 12 mm breite Zeile M. 30,—, außerhalb Sachsens M. 60,—. Familienanzeigen und Stellengesuche unter Wegfall jeden weiteren Rabatts M. 25,—. Vorzugsplätze laut Tarif. Auswärtige Aufträge gegen Vorausbezahlung.

Drahtanschrift: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher-Sammelnummer 25 241
Nur für Nachtgespräche: 20011.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38/40.
Druck u. Verlag von Lepsch & Reichardt in Dresden.
Postscheck-Konto 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.") zulässig. — Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

August Förster Flügel, Pianos

Löbau (Sa.) Verkaufslokal: Dresden-A., Waisenhausstraße 8, Central-Theater-Passage

Am Vorabend der Londoner Konferenz.

Eine amerikanische Botschafterkonferenz in London.

Amerika und die Londoner Reparationskonferenz.

London, 8. Dez. Der diplomatische Vertreter des „Daily Telegraph" schreibt: **Ein Beweis für das ungewöhnliche Interesse, das die Washingtoner Regierung und Amerika überhaupt den Londoner Besprechungen der alliierten Premierminister über die Reparationsfrage zuwenden, sei die Zusammenkunft der amerikanischen Botschafter in Berlin und Brüssel mit dem amerikanischen Botschafter in London. Der Botschafter in Paris werde sich später auch noch nach London begeben.** Der Korrespondent erfährt, daß diese Botschafterkonferenz auf Grund besonderer Weisungen aus Washington stattfinde, und fügt hinzu, Amerika sei zwar noch nicht formell zur Konferenz geladen worden, werde aber auf ihr vertreten sein. (W. T. B.)

Poincarés Abreise nach London.

Paris, 8. Dez. Der Ministerpräsident Poincaré und Finanzminister de Lasteyrie sind heute mittag in Begleitung des Direktors im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten Perretti de la Rocca, des Sekretärs der Botschafterkonferenz Besin, das Sachverständigen Cannery und des Botschafters de Margerie zur Londoner Konferenz abgereist.

Poincarés Ruhrpläne.

Besetzung der neutralen Zone.

Paris, 8. Dez. Der „Petit Parisien" schreibt zur Londoner Konferenz: Drei Fragen würden gestellt werden:

1. Kann man endgültige Zahlungen festsetzen?
2. Kann man ein Moratorium gewähren?
3. Welches sind die Bedingungen für einen solchen Zahlungsaufschub?

Die zweite Frage mache keine Schwierigkeiten. **Frankreich könne nur zugeben, daß Deutschland für eine kurze Zeit, höchstens für zwei Jahre, von jeder Zahlung befreit werde, also während einer Zeit, die notwendig sei, um seine Finanzen in Ordnung zu bringen.** Viel schwieriger sei

die Regelung der Schulden Deutschlands.

Frankreich könne in eine Herabsetzung einwilligen, wenn auch gleichzeitig die interalliierten Schulden herabgesetzt würden. Von englischer Seite werde jedoch erklärt, daß auch England seine amerikanischen Schulden zu bezahlen habe. Die Haltung Frankreichs gegenüber der Gewährung eines Moratoriums sei durch die Logik der Verhältnisse selbst bestimmt. **Ein langfristiges Moratorium könne nur gegen Sicherheiten gegeben werden, und zwar durch**

Beschlagnahme der Kohlengruben des besetzten Gebietes.

Diese Maßnahme verlange jedoch keine Verstärkung der Besatzung. Sie sei nur die Erweiterung **der Besetzung auf die Fünfzig-Kilometer-Zone, um den Widerstand der Großindustriellen, wie das Blatt meint, zu brechen.** Das Blatt ist aber nicht sicher, daß England Frankreich auf diesem Wege folgen werde. — Wie andere Blätter ausplaudern, verbirgt sich hinter diesem französischen Plane nichts anderes, als die Besetzung des Ruhrgebiets und die **Beschlagnahme der Ruhrkohlengruben, die gleichzeitig mit dem Beginne der deutschen Finanzreform erfolgen sollen. Die von Frankreich geplante Ausbreitung der Besetzung auf die bisher neutrale 50-Kilometer-Zone östlich des Rheins würde das ganze Kohlengebiet mit Ausnahme einiger nördlicher Punkte in französische Gewalt bringen.**

Das Gewerkschaftsblatt „Le Peuple" schreibt: Die öffentliche Meinung in London wende sich bewußt gegen ein isoliertes Vorgehen irgendeiner der alliierten Mächte. Sie verlange ein Moratorium für Deutschland, spreche sich für die endgültige Festsetzung des von Deutschland zu zahlenden Reparationsbetrags aus und **verlange die Zurückziehung der Besetzung des rheinischen Gebiets.** Es handle sich hierbei nicht um die Auffassung der Liberalen und der Arbeiterpartei, sondern um die Auffassung, die im Berichte des Vollzugsausschusses des Verbandes der englischen Handelskammern zum Ausdruck komme. **Aus diesem Grunde sei leicht ein französisch-englischer Zwiespalt vorauszusehen, wenn Poincaré seine Forderungen aufrechterhalte.** Das Blatt beschäftigt sich sodann mit dem Vorgehen der Vereinigten Staaten, das durch die Anwesenheit der amerikanischen Botschafter in Deutschland und Belgien in London zum Ausdruck komme.

England vor der Entscheidung.

London, 8. Dez. Der morgen beginnenden Konferenz der alliierten Premierminister wird mit außerordentlicher Spannung entgegengesehen. Ein Sonderberichterstatter des „Manchester Guardian" schreibt: Wenn die Ansichten Poincarés in der französischen Presse richtig wiedergegeben werden, so wird **Bonar Law vor die unangenehme Wahl gestellt, Frankreich seinen Willen in bezug auf das Ruhrgebiet zu lassen, was das wirtschaftliche Chaos in Europa bedeuten würde, oder Frankreich Widerstand entgegenzusetzen.** Eins der Wahlversprechen Bonar Laws sei gewesen, daß er engere Beziehungen mit Frankreich herstellen wollte. Morgen wird dieses Versprechen auf eine harte Probe gestellt werden. (ZB. T. B.)

Lausanne, 8. Dez. **In einem Leitartikel schreibt die „Times", es sei zu befürchten, daß die von Frankreich geplanten „praktischen Maßnahmen" ein Zusammenwirken Deutschlands mit den Alliierten bei dem Versuche unmöglich machen werden, die Mark zu stabilisieren** und die deutsche Produktion und die deutschen finanziellen Hilfsquellen für den Reparationsdienst nutzbar zu machen. Es scheine, daß sich die neue deutsche Regierung nicht damit begnüge, passiv die Entscheidung der Alliierten abzuwarten, sondern sich vorbereite, ihre eigenen Beiträge zu der Erörterung beizusteuern. (W. T. B.)

Verzögerung der Uebergabe der deutschen Reparationsvorschläge.

Berlin, 8. Dez. Zur Regelung der Reparationsfrage **wird von unterrichteter Seite mitgeteilt, daß die neuen deutschen Vorschläge den Alliierten nicht mehr vor oder unmittelbar nach dem Zusammentritt der Londoner Konferenz übermittelt werden dürften.** Das Gesamtkabinett habe sich noch nicht mit der Frage befaßt, ob und welche Vorschläge den alliierten Ministerpräsidenten gemacht werden sollen, um zu einer endgültigen Verständigung in der Reparationsfrage zu gelangen. Die Erörterungen darüber hätten sich bisher auf einen sehr kleinen Kreis, das sogenannte innere Kabinett, beschränkt.

Aeußere und innere deutsche Anleihe?

Berlin, 9. Dez. Wie eine hiesige Korrespondenz berichtet, dürften der Reparationskommission bestimmte Vorschläge gemacht werden, die jedoch nicht Garantien sein sollen, da das Reich hierzu nicht in der Lage sei. Auch das Reichsbankgold oder ein Teil desselben kommt hierbei nicht in Betracht. **Es dürfte jedoch die Notwendigkeit einer äußeren Anleihe erneut betont und daneben die Stabilisierung der Mark aus eigenen Kräften in Aussicht gestellt werden. In diesem Zwecke soll vermutlich eine innere Anleihe beabsichtigt sein, die einen gewissen Zusammenhang mit der früheren, bereits in Aussicht genommenen sogenannten werbeständigen Anleihe habe.**

Deutschlands Aussichten für die Reparationskonferenzen.

Zur rechten Stunde, am Vorabend der Reparationskonferenzen von London und Brüssel, hat der Reichsfinanzminister Dr. Hermes im Haushaltausschuß des Reichstages noch einmal ein Bild der erschütternd traurigen Finanz- und Wirtschaftslage Deutschlands entwickelt. Es ist das Bild eines Landes, das von einem unvergleichlich harten Schicksal heimgesucht wurde, von unerbittlichen Feinden bis auf den heutigen Tag in grausamster Weise bedrückt wird, und dessen Volksschichten trotzdem noch immer mit verzweifelter Kraftanstrengung dem Zusammenbruch zu entgehen versuchen. Da kehren die düsteren Farben und Schatten wieder, in denen vor Jahresfrist die Finanzminister des österreichischen Nachbarlandes Gürtler und Segur die budgetäre Lage ihres Staatswesens zu malen genötigt waren. Da sind die zwölf- und dreizehnstelligen Ziffern des Etats, die in Wien und Moskau längst üblich geworden sind und von denen wir es für unmöglich hielten, daß sie jemals im Haushaltplan des geordneten deutschen Staates erschienen: 343 Milliarden Nachforderungen für die allgemeine Reichsverwaltung, ein Gesamtbudget von 442 Milliarden, 210 Milliarden für Ausführung des „Friedensvertrages" im laufenden Jahre, 880,9 Milliarden schwebende Schuld, die von Monat zu Monat um weitere Hunderte von Milliarden anwächst. Das sind Zahlen, mit denen Staatsfinanzen auch nur eine ganz begrenzte Frist zu rechnen vermögen, weil diese Zahlen für die Praxis jede Bedeutung zu verlieren drohen. Wie sind wir auf dieses Niveau der Wahrscheinlichkeitswerte gelangt? Dr. Hermes gibt als ersten Grund dafür die in rasenden Sprüngen einherjetzende Geldentwertung an, die mit einem fluchtartig schwindenden Vertrauen des Auslandes zur Sicherheit der deutschen Verhältnisse Hand in Hand geht, um dann den Beweis dafür zu erbringen, daß diese Erscheinungen letzten Endes nur von der Ueberbelastung der deutschen Leistungskraft durch die feindlichen Reparationsforderungen verursacht wurden.

Reparationsforderungen! Was verbirgt sich hinter diesem Wortungetüm? Die breite deutsche Oeffentlichkeit hat dank der ausgiebigen Schweigsamkeit der letzten Reichskabinette so gut wie keine Ahnung davon, was sie alles mit ihrer Arbeitskraft und mit ihrem für entwertete Papierzettel verschleuderten Besitzstand an Grundstücken, Hausrat, Produktionsmitteln unter dem molluskenhaften Decknamen „Reparationen" bezahlt. Von der Tributzahlung in barem Golde bis zum 70 km langen kohlengefüllten Güterzug, der seit über drei Jahren alltäglich westwärts rollt, von den mit allem Raffinement auf deutsche Kosten ausgestatteten Herrschaftswohnungen der 1300 Köpfe der Rheinlandkommission bis zur blauseidenen Bettthimmelwand für die Dirne eines unverheirateten französischen Kreisdelegierten in einer rheinischen Kleinstadt, alles, alles Reparationen, alles Dinge und Leistungen, die der Arbeiter, der Mittelstand, der Industrielle aus den Erträgnissen ihrer mühseligen Arbeit aufbringen müssen, um dann selbst zum überwiegenden Teile ein kärgliches Dasein in Hunger und Frost zu fristen. Es bedarf keines Wortes, um zu erhärten, daß eine Staatswirtschaft unter solchen Wahnsinnsforderungen zusammenbrechen muß. Wir sind darunter zusammengebrochen. Es braucht nicht immer sofort Mord und Totschlag und wüstes Durcheinander zu sein, das diese Phase des Verendens charakterisiert, auch Zahlen können das tun, Zahlen, wie sie Hermes und eine ganze Reihe von Abgeordneten in den Ausschüssen und im Plenum des Reichstages während der letzten Tage vorzubringen vermochten. Diese Zahlen sprechen, sie zeigen, wie die Räder der deutschen Wirtschaftsmaschine zwar noch, ihrem alten Antrieb gehorchend, in Bewegung sind, in Wirklichkeit aber „im toten Gang" laufen, und wie alles, was sie mit Kraft und Lebensmaterie speisen und beseelen sollen, verhungert, verdirbt, verkommt. Und dennoch! Wäre das deutsche Volk so, wie es Georg Brandes vor einigen Tagen in der Neuyorker „New Republik" schilderte, so müde, so bestechlich, so seiner kulturellen Aufgaben vergessen, dann würde es entweder die Hände jetzt untätig in den Schoß legen oder in wilder Verzweiflung sich gegenseitig totschlagen. Aber es steckt noch etwas in ihm, was der Nestor des europäischen Gedankens nicht in Rechnung stellt, etwas, das dieses Volk über andere, wenn sie sich in der gleichen Situation befänden, hinaushebt: die Selbstbeherrschung, die mit zusammengebissenen Zähnen auch hungernd, verkommend, verderbend noch festhält am Kampf des Guten für sich und die Welt.

Aus dieser Eigenschaft heraus wurden die Pläne geboren, die von der Reichsregierung in zwölfter Stunde auf der Grundlage der deutschen Reparationsnote vom 13. November ausgearbeitet wurden, um der Londoner oder der Brüsseler Konferenz vorgelegt zu werden. Man kennt sie bisher nur gerüchtweise, nur in Umrissen. Ihre Hauptpunkte scheinen folgende zu sein: Zusammenarbeit der deutschen und der französischen Industrie, Schaffung eines Fonds, der, von Deutschland in vollem Umfang garantiert, zu gleichen Teilen für die Stabilisierung der Mark und für die Leistung gewisser Reparationslasten verwandt wird. Verwaltung dieser Geldmittel durch ein Konsortium, das dem in der bezogenen Note vorgeschlagenen internationalen Finanz-

Die deutsche Antwort auf Poincarés Sühneforderungen.

Zahlung der Goldmillion durch das Reich?

Berlin, 8. Dez. Heute vormittag trat das Reichskabinett zusammen, um sich über die Antwortnote in Sachen der Vorfälle von Passau und Ingolstadt schlüssig zu werden. Außerdem fand eine Beratung zwischen dem Reichsaußenminister v. Rosenberg und den Parteiführern über die gleiche Frage statt. **In parlamentarischen Kreisen verlautet, daß in der Haltung der Reichsregierung gegenüber der Goldforderung der Entente eine gewisse Wendung sich vollzogen habe. Die Note wird am 10. Dezember in Paris übergeben werden.**

Wie über den Inhalt der Note verlautet, beabsichtigt die Reichsregierung in der Note nochmals ihr Bedauern über die Vorkommnisse zum Ausdruck zu bringen. **Was die 500 000-Goldmark-Forderungen anlange, so erwäge die Reichsregierung, ob die Aufbringung dieser geforderten Summe möglich wäre.** Zu dem Verlangen nach Absetzung der Bürgermeister der betreffenden Städte dürfte die Reichsregierung voraussichtlich erklären, daß sie sowie die Länderregierung keinen unmittelbaren Einfluß auf diese Stellen besäße, sondern daß dies Sache der einzelnen Städte sei, die sich weigerten, die geforderten Absetzungen vorzunehmen.

Wie von linksstehender parlamentarischer Seite erklärt wird, beabsichtigt die Reichsregierung nicht nur, die geforderte moralische Genugtuung zu geben, sondern auch die finanzielle Forderung von einer Million Goldmark zu erfüllen. Die Reichsregierung will damit vor allem die Interessen der Rheinlande schützen, die bei einer Verweigerung der Genugtuung die harte Siegerfaust zu spüren bekämen.

Deutsche Bücher als Reparationslieferungen an Italien?

Rom, 9. Dez. Der „Messaggero" meldet, daß zwischen der italienischen und der deutschen Regierung ein Abkommen getroffen worden sei, nach dem Deutschland sich verpflichtet, an Bibliotheken und Lehranstalten für vier Millionen Mark solche Bücher zu liefern, die vor oder während des Krieges erschienen sind. Die Bücher sollen eventuell auf das Reparationskonto gutgeschrieben werden. Die Ausführung des Abkommens unterliegt noch der Genehmigung durch die Reparationskommission.

Einschränkungen im Auswärtigen Amt.

Berlin, 9. Dez. Das Südost-Referat des Auswärtigen Amtes, das die Nachfolgestaaten und die Balkanländer bearbeitet hat und dem der neuernannte Gesandte in Sofia, Geheimrat Dr. Rümelin, vorstand, wird jetzt aufgelöst werden.

Dollar (Amtlich): 7900
Im Freiverkehr abends 6 Uhr: 7830

SLUB
Wir führen Wissen.